



Von Repression zu Regulierung

Ein lateinamerikanischer Vorschlag zur Reform der Drogenpolitik

**JOSÉ CARLOS CAMPERO
RICARDO VARGAS
EDUARDO VERGARA**

Mai 2013

- Der Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Es werden dringend neue Ansätze benötigt, um die Probleme in den Griff zu bekommen, die nicht nur vom Drogenhandel verursacht werden, sondern auch von der Prohibitionspolitik und der internationalen Reglementierung zu dessen Bekämpfung.
- Die Regulierung der gesamten Wertschöpfungskette (Produktion, Handel und Konsum), die sich je nach Drogentyp unterscheidet und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen sollte, würde dazu beitragen, Schäden für Konsument_innen und Dritte zu verringern sowie Akteur_innen des organisierten Verbrechens ihrer Profite zu berauben.
- Die Komplexität der Durchsetzung solcher Regulierungen ließe sich in Angriff nehmen, sofern seitens der internationalen Gemeinschaft und insbesondere seitens jener Länder, die eine Entwicklungspolitik in Produzenten- und Transitländern verfolgen, eine entsprechende Bereitschaft bestände. So könnte über die Entwicklungspolitik ein Beitrag zur Um- und Durchsetzung der hier vorgeschlagenen Regulierungen geleistet werden.

Es gibt einen wachsenden internationalen Konsens darüber, dass der Krieg gegen Drogen zusammen mit seinen prohibitionistischen Modellen seine Ziele nicht erreicht hat. Die lateinamerikanische *Commission on Drugs and Democracy*¹ sowie die *Global Commission on Drugs and Democracy*² haben die Notwendigkeit einer Reform der internationalen Drogenpolitik öffentlich hervorgehoben. Ihre Empfehlungen umfassen die Entkriminalisierung des persönlichen Gebrauchs illegaler Drogen und die Erhebung der Suchtbehandlung zu einer Frage der öffentlichen Gesundheit. Beiden Kommissionen zufolge sollten die internationale Drogenreglementierung und die repressive Politik gegen den Drogenhandel revidiert werden, um die Schäden zu verringern, die sowohl von der Produktion, dem Handel und Konsum als auch von der Antidrogenpolitik selbst verursacht werden.

Aus den Berichten beider Kommissionen spricht ein hohes Maß an Dringlichkeit, da das internationale und von der großen Mehrheit der Länder getragene Antidrogenregime bereits zu einem dramatischen Ausmaß an Gewalt und zu enormen Profiten des länderübergreifenden organisierten Verbrechens geführt hat. Allein in Mexiko wurden in den sechs Jahren der Calderón-Regierung (2006–2012) etwa 60.000 Menschen getötet, während das transnationale organisierte Verbrechen nach Schätzungen des *United Nations Office on Drugs and Crime* (UNODC) allein im Jahr 2009 870 Milliarden Dollar erwirtschaftete – 1,5 Prozent des globalen BIP. Die konstante Nachfrage nach Drogen in traditionellen Konsumentenländern, wie u. a. den USA, Deutschland oder England, lässt das Geschäft florieren, und dessen Illegalität stellt angesichts der erwarteten Einnahmen einen großen Anreiz für kriminelle Gruppen dar.

In Europa scheint eine Änderung der Drogenpolitik trotz der offensichtlichen Implikationen für die Gesundheitspolitik hingegen nicht besonders relevant oder dringend zu sein. Doch auch im europäischen Finanzsystem findet Geldwäsche statt, da hier eine Flexibilität für Kapitalbewegungen und länderübergreifende Transaktionen besteht. Darüber hinaus sollten sich die Länder Europas bewusst sein, dass ihre Außen-, Sicher-

heits- und Entwicklungspolitik von Drogenkartellen und anderen kriminellen Gruppen behindert und untergraben wird, da diese durch Gewalt, Einschüchterung und Korruption die demokratischen Staatsführungen und die demokratischen Institutionen der Entwicklungsländer schwächen.

Die hier unterbreiteten Vorschläge³ behandeln nicht nur Politikreformen hinsichtlich des Konsums illegaler Drogen, sondern der gesamten Wertschöpfungskette, um folgende Ziele zu erreichen:

- Schäden zu verringern, die für Konsument_innen durch den Drogenkonsum entstehen;
- Schäden zu verringern, die für Nicht-Konsumenten_innen durch den Drogenkonsum entstehen;
- Schäden zu minimieren, die sowohl für die Konsument_innen als auch für Dritte durch die Antidrogenpolitik entstehen;
- Einnahmen aus Drogengeschäften für das organisierte Verbrechen minimieren;
- den Anteil an Einnahmen aus Drogengeschäften zu maximieren, den der Staat und andere legale Akteur_innen (welche die ersten vier Ziele verfolgen) erwirtschaften, um die öffentliche Gesundheitspolitik und den Kampf gegen das organisierte Verbrechen zu finanzieren.

Um diese Ziele zu erreichen, muss die Drogenpolitik die Unterschiede zwischen den Drogen und ihren Derivaten berücksichtigen. Jede Droge hat andere Charakteristiken im Sinne der Gesundheitsrisiken, die mit ihrem Konsum verbunden sind, der Wahrscheinlichkeit, süchtig zu werden, und der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten des Konsums, der Sucht und der Behandlung. Zudem muss die Drogenpolitik die Tatsache berücksichtigen, dass in der Regel die große Mehrheit der Konsument_innen in einem gesellschaftlichen oder kriminellen Sinne unproblematisch ist.

Lateinamerika hat einen unverhältnismäßigen Anteil der Last vergangener und gegenwärtiger Antidrogenpolitik getragen. Obwohl sie weitgehend von den wichtigsten Konsumentenländern initiiert und finanziert wurde, hat sich diese Politik auf die Unterdrückung der Produktion und des Handels konzentriert und einen Großteil der Last der Antidrogenpolitik auf die unmittelbaren Produzenten – Bauern und Bäuerinnen, die häufig in Ar-

1. Commission on Drugs and Democracy (2009): *Drogas y democracia: hacia un cambio de paradigma* (Drogen und Demokratie: Für einen Paradigmenwechsel); www.drogasedemocracia.org.

2. Global Commission on Drugs and Democracy. Berichte aus den Jahren 2011 und 2012; <http://www.globalcommissionondrugs.org/>.

3. Diese Vorschläge basieren auf: Campero / Vargas / Vergara (2013): *From Repression to Regulation: A Proposal for Reform of Drug Policies and the International Drug Policy Regime*, Bogotá: Fescol, i. E.

mut leben und dem Druck von organisierten kriminellen Gruppen ausgesetzt sind – und die Gesellschaften der Produzenten- und Transitländer abgewälzt.

Zwar kann diese Politik einen gewissen Erfolg bei der Zerstörung krimineller Organisationen vorweisen, dennoch gelang es ihr im Großen und Ganzen nicht, die Märkte für illegale Drogen auszutrocknen. Im Gegenteil, während Veränderungen in der Zusammensetzung der Drogenmärkte zu beobachten sind – in jüngster Zeit stagnierte der Konsum von pflanzenbasierten Drogen oder ist etwas zurückgegangen, gleichzeitig sind synthetische Drogen im Aufstieg begriffen –, nimmt die Gesamtnachfrage nach Drogen weiterhin zu, wobei die Märkte in Entwicklungs- und Transitländern im Wachstum begriffen sind. Bei Produktion und Handel lassen sich zwar zeitweilige Verlagerungen von Produktionsgebieten, Orten der Weiterverarbeitung und Handelsrouten als Reaktion auf Repressionsbemühungen beobachten, aber der Gesamtumfang der Produktion bleibt weitgehend unverändert. Die zukünftige weltweite Gesamtnachfrage nach Drogen wird sich wohl weitgehend proportional zum Pro-Kopf-BIP entwickeln. Zudem wird sich eine Politik der Repression in steuerlicher, gesellschaftlicher und politischer Hinsicht als immer kostspieliger erweisen und rückläufige Erträge erzielen, wenn es um die Verringerung des Konsums und den Kampf gegen das organisierte Verbrechen geht.

Die folgenden Vorschläge beziehen daher eine lateinamerikanische Perspektive auf die Reform der Drogenpolitik ein, die im Unterschied zu anderen gegenwärtigen Vorschlägen und Erörterungen die Wertschöpfungskette in ihrer Gesamtheit berücksichtigt, einschließlich der Produktion und des Handels, anstatt sich ausschließlich auf den Endverbraucher zu konzentrieren. Aus einer lateinamerikanischen Perspektive – und ebenso aus der Perspektive anderer Produzenten- und Transitländer wie Afghanistan und westafrikanischer Länder – muss die Drogenpolitik das Ressourcengleichgewicht zwischen dem organisierten Verbrechen und anderen illegalen Akteur_innen sowie legitimen Staatsakteur_innen verändern, um die kriminellen Elemente zu schwächen – insbesondere deren Macht zur Einschüchterung und Korruption – und die Staaten in die Lage zu versetzen, ihre Institutionen zu stärken und die Rechte ihrer Bürger_innen zu garantieren.

Auch hier argumentieren wir für die Regulierung des Drogengeschäfts und nicht für seine Legalisierung. Der Status quo des Verbots und der Illegalität hat die wi-

dersprüchliche Folge der Erzeugung völlig unregulierter Schwarzmärkte und hilft dem Staat nicht bei seinem Kampf gegen das organisierte Verbrechen. In diesem Sinne sind die folgenden Vorschläge pragmatisch: Wir wollen die Schäden verringern, die heute mit Drogen verbunden sind (Konsum und Kontakt mit illegalen Märkten), und kriminelle Gruppen eines Teils ihrer Geschäftseinnahmen entledigen.

Cannabis und Derivate

Im Großen und Ganzen sind die Gesundheits- und Suchtrisiken sowie die Schäden, die mit Cannabis und seinen Derivaten verbunden sind, nicht schlimmer als diejenigen, die auf Tabak oder Alkohol zurückgehen. Daher schlagen wir vor, dass die Cannabisregulierung die *best practices* befolgen sollte, die bisher aus der Regulierung von Tabak und Alkohol bekannt sind: Cannabisprodukte sollten legal erhältlich sein und einer Qualitätskontrolle bei der Produktion und beim Verkauf unterliegen. Auf den Konsum sollten Steuern erhoben werden, um das Steuereinkommen für den jeweiligen Markt zu maximieren, und das Rauchen von Cannabis an öffentlichen Orten sollte verboten sein. Die Eigenproduktion für den Eigenbedarf sollte innerhalb bestimmter Grenzen erlaubt werden. Kommerzielle Produzent_innen sollten sich registrieren müssen, und zwar nicht nur zum Zwecke der Qualitätskontrolle, sondern auch um eine Umlenkung der Produktion für den illegalen Gebrauch zu verhindern und den Nachweis legitimer Produktion gegenüber exekutiven Behörden zu ermöglichen. Die internationale Kontrollregelung für Cannabis sollte den Ländern gestatten, sich für eine individuelle Cannabispolitik zu entscheiden, mit der Ausnahme, dass die Produktion registriert wird, um die internationalen Handelsflüsse von Cannabisprodukten überwachen und kontrollieren zu können und die Umlenkung der Produktion zu illegalen Märkten und Ländern mit einer Verbotsregelung zu vermeiden. Die Übernahme der vorgeschlagenen Politik würde die meisten der illegalen Cannabismärkte in den entsprechenden Ländern zerstören und zu einer bedeutenden Verringerung des Einkommens des organisierten Verbrechens und anderer illegaler Akteur_innen führen. Sofern illegale Cannabisverkäufe für Cannabiskonsument_innen den Einstieg in den Konsum härterer Drogen darstellen, würde die Schaffung legaler Verkaufsstellen für Cannabis die Konsument_innen dieser besonderen Droge auch von den illegalen Märkten und kriminellen Gruppen fernhalten.

Kokablätter, Kokain und Derivate

Die Belege für Schäden, die von Kokain verursacht werden, sind gegenwärtig nicht beweiskräftig, da die meisten Untersuchungen sich entweder auf Konsument_innen von Crack-Kokain und ähnlichen Derivaten des Kokainproduktionsprozesses beziehen, die äußerst schädlich sind und süchtig machen, oder über Schäden berichten, die in erster Linie den Substanzen zugeschrieben werden können, die zur Verdünnung von Kokain vor dem Verkauf an die Konsument_innen eingesetzt werden. Dennoch zählt die überwältigende Mehrheit der Konsument_innen von Qualitätskokain nicht zu den problematischen Konsument_innen. Wir benötigen dementsprechende Forschungen zu den genauen gesundheitlichen Auswirkungen von Kokain und anderen Kokaderivaten. Angesichts der verfügbaren Belege schlagen wir daher vor, dass die Drogenpolitik und die internationale Drogenregelung zwischen Kokablättern, Kokain und Kokaderivaten wie Crack oder »Bazuco« unterscheiden sollte. Letztere sollten verboten bleiben, ohne jedoch ihren Konsum zu bestrafen oder zu kriminalisieren.

Im Hinblick auf Produktion, Handel und Konsum von Kokablättern für den sogenannten »traditionellen« Gebrauch – zum Kauen, für Teezubereitungen und andere Verwendungen von Kokablättern, die keine chemische Verarbeitung mit dem Ziel der Extraktion und Verarbeitung von Alkaloiden beinhalten – sehen wir keinen Grund für ein Verbot und schlagen vor, jedem Staat die Wahl seiner Politik freizustellen. Bolivien liefert ein gutes Beispiel für eine funktionierende Kokablätterpolitik. Da Kokablätter das Rohmaterial für Kokain darstellen, schlagen wir jedoch vor, legale Kokablätterproduzent_innen zu registrieren und die Produktion von Kokablättern zu regulieren. Darüber hinaus sollten Vernichtungsprogramme mit effektiven Strategien zur Schaffung alternativer Einkommensquellen verknüpft und die auf dem Ausräuchern beruhenden Programme eingestellt werden.

Für Kokain schlagen wir eine regulierte Wertschöpfungskette mit registrierten Produzent_innen, Händler_innen/Verteiler_innen/Zwischenhändler_innen und Konsument_innen vor sowie eine Aufrechterhaltung gegenwärtiger Konsumentenpreise durch Besteuerung – zumindest bis die Forschung die Fragen nach Schäden und Qualität mit Bezug auf Kokain geklärt hat. Der Endvertrieb an und die Registrierung von Konsument_innen sollten Apotheken zugewiesen werden, die über die notwendige Infrastruktur

verfügen. Die Qualitätskontrolle sollte sicherstellen, dass der Gesundheitsschaden der Konsument_innen minimiert wird. Da die überwältigende Mehrheit der Konsument_innen von Qualitätskokain keine problematischen Konsument_innen sind, würde eine regulierte und registrierte Wertschöpfungskette dazu dienen, illegales Einkommen zu verringern und das öffentliche Einkommen aus der Kokainwertschöpfungskette zu erhöhen, um Einnahmen für das Gesundheitswesen, die Drogenbehandlung und die Forschung zu generieren. Darüber hinaus sollte es problematischen Konsument_innen ermöglicht werden, sich an Drogenerhaltungsprogrammen zu beteiligen, die jenen für Heroinabhängige ähnlich sind. Wir schätzen, dass das Gesamtvolumen des Konsums von registrierten, unproblematischen Verbraucher_innen und Abhängigen mehr als die Hälfte des Marktes ausmachen würde, der gegenwärtig von kriminellen Organisationen beliefert wird – d. h. das Einkommen des organisierten Verbrechens könnte um schätzungsweise 40 Milliarden US-Dollar jährlich verringert werden. Da der registrierte Konsum durch direkten Handel zwischen Produzenten- und Konsumentenländern versorgt werden könnte, würde auch der Druck auf ohnehin schwache Institutionen in Transitländern – z. B. das nördliche Dreieck von zentralamerikanischen und westafrikanischen Ländern – verringert werden.

Heroin

Im Falle von Heroin sollte das Verbot aufrechterhalten werden. Die Gesundheitsschäden für Konsument_innen, die hohen Suchtraten und die damit verbundenen Schädigungen Dritter sind gut belegt und stehen außer Zweifel. Dennoch schlagen wir eine Ausweitung von Drogenerhaltungsprogrammen auf alle Konsument_innen vor, die bereit sind, an solchen Programmen unter festgelegten Bedingungen teilzunehmen, welche eine regelmäßige medizinische Behandlung und einen Drogenkonsum unter kontrollierten und hygienischen Bedingungen einschließen, insbesondere um die Verbreitung von HIV und anderen über das Blut übertragenen Krankheiten einzudämmen. Falls möglich sollten von den Teilnehmer_innen derartiger Programme Straßenpreise für ihre Heroinversorgung verlangt werden. Angesichts der Konzentration des Konsums unter Süchtigen im Falle von Heroin sollten erfolgreiche Drogenerhaltungsprogramme in der Lage sein, einen bedeutenden Anteil des zuvor illegalen Marktes aufzunehmen, während zugleich die Gesundheit der Abhängigen verbessert und Schäden für Dritte, insbeson-



dere ihre Familien, verringert werden. Ebenso empfehlen wir Programme für die Ausweitung legaler und regulierter Schlafmohnproduktion zu medizinischen Zwecken, und zwar sowohl, um den Zugang zu Opiaten und Opioid-Medikamenten in Entwicklungsländern zu erweitern, als auch, um Bauern und Bäuerinnen sowie Farmer_innen in Afghanistan am Beschaffungsprozess der medizinischen Produktion von Opiaten und Opioiden zu beteiligen.

Herausforderungen in der Umsetzung

Gewiss ist die Umsetzung der hier vorgeschlagenen Regulierungen und Kontrollen komplex, insbesondere in Kontexten, in denen Institutionen und demokratische Staatsführung schwach sind oder historisch fehlen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, sich dieser Herausforderungen anzunehmen, um eine Reform der Drogenpolitik erfolgreich zu gestalten. Die Reform muss ebenso dazu beitragen, sowohl die mit dem organisier-

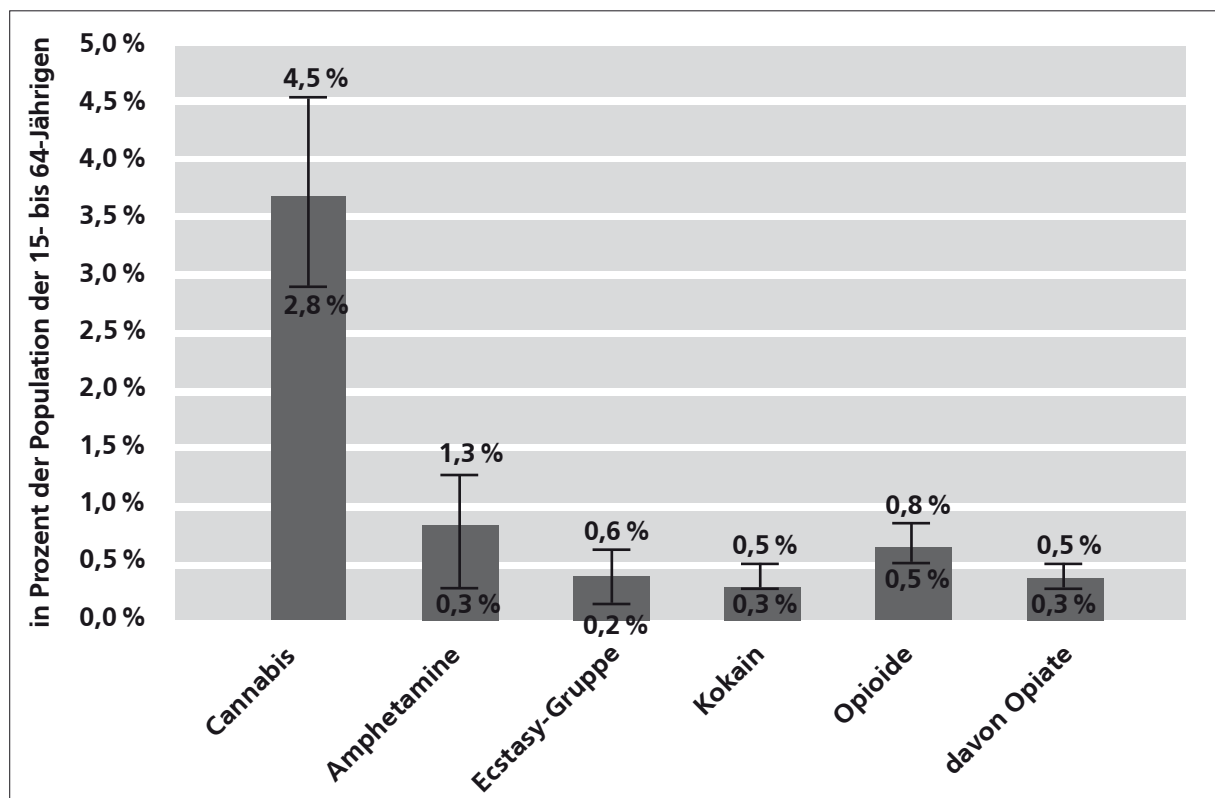
ten Verbrechen verbundenen Morde als auch die Risiken und Schäden zu verringern, denen Drogenkonsument_innen in allen Ländern ausgesetzt sind.

Die Unterschiede zwischen der gegenwärtigen, vorwiegend an Verboten orientierten Politik und dem hier vorgeschlagenen Regulierungsansatz in der Drogenpolitik kann folgendermaßen prägnant veranschaulicht werden: Die gegenwärtige Welt der Drogen (GWD) besteht a) aus der Drogenproduktion (DP), b) aus dem Drogenkonsum (DK), c) den Schäden (S), die sich aus der Qualität der Drogen (QD) und der Viktimisierung der Konsument_innen (VK) ergeben, und d) aus den Einkünften im Drogenhandel, die vom organisierten Verbrechen erwirtschaftet werden (EDOV):

$$\text{GWD} = \text{DP} + \text{DK} + \text{S}(\text{QD} + \text{VK}) + \text{EDOV}$$

Unter der gegenwärtigen, verbotsorientierten Politik und Reglementierung wurden die Drogenproduktion und der -konsum nicht reduziert. Im Gegenteil, obwohl

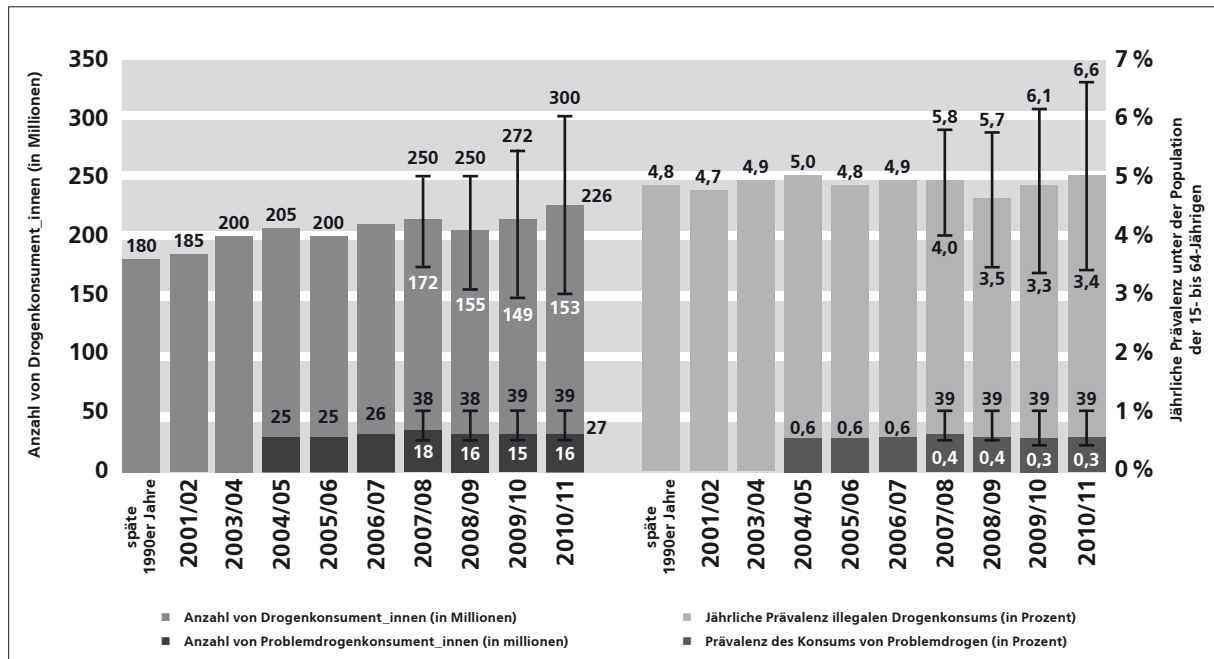
Grafik 1: Jährliche Prävalenz des Drogengebrauchs global betrachtet, in Prozent der Population der 15- bis 64-Jährigen, 2009/2010



Quelle: eigene Darstellung nach UNODC, World Drug Report 2011: 25.



Grafik 2: Illegaler Drogengebrauch global betrachtet, späte 1990er Jahre bis 2010/11



Quelle: eigene Darstellung nach UNODC, World Drug Report 2012: 66.

zeitweilige Substitutionseffekte zwischen verschiedenen illegalen Drogen existieren, scheint der weltweite Drogenkonsum im Großen und Ganzen proportional zum weltweiten Pro-Kopf-BIP zugenommen zu haben, mit einer 5-prozentigen Prävalenz des Jahreskonsums unter den 15- bis 64-Jährigen und/oder einem problematischen Konsum von etwa 0,6 Prozent.

Die Tatsache, dass das Angebot sich auf illegale Märkte stützen muss und die Konsument_innen strafrechtlich verfolgt werden, hat große Schäden angerichtet, und zwar sowohl durch die schlechte Qualität der Drogen als auch durch die Viktimisierung der Konsument_innen durch Drogenhändler sowie eine repressive Politik. Unter diesen Bedingungen werden die Einkommensströme des organisierten Verbrechens tatsächlich maximiert:

$$\text{GWD (Prohibition)} = \overline{DP} + \overline{DK} + S \uparrow (QD \downarrow + VK \uparrow) + EDOV \uparrow^{\text{max}}$$

Die hier unterbreiteten Vorschläge würden – zumindest am Anfang – weder die Produktion noch den Konsum reduzieren, sondern mehr als die Hälfte davon in regulierte und der Qualitätskontrolle unterliegende Wertschöpfungsketten umlenken. Aufgrund der Besteuerung würden sie aber auch nicht zu einem Ansteigen des Konsums führen. Infolgedessen könn-

ten die Schäden von Konsument_innen und Dritten – einschließlich der gesellschaftlichen und politischen Institutionen in den am meisten betroffenen Ländern – als Konsequenz der verbesserten Drogenqualität, der Behandlungsangebote an problematische Konsument_innen und einer nahezu vollständigen Beseitigung der Viktimisierung von Konsument_innen drastisch reduziert werden. Darüber hinaus würden die Einkommensströme des organisierten Verbrechens und anderer illegaler Akteur_innen beträchtlich reduziert werden – nach unserer Schätzung um 50–75 Prozent, je nach Umsetzung.

$$\text{GWD (Regulierung)} = \overline{DP} + \overline{DK} + S \downarrow_{\text{min}} (QD \uparrow^{\text{max}} + VK \downarrow_{\text{min}}) + EDOV \downarrow_{50-75\%}$$

Aufgrund der Besteuerung könnte der größte Teil des Einkommens, das aus der Hand des organisierten Verbrechens weggenommen wird, für Folgendes eingesetzt werden: Verringerung von Schäden, Behandlung und Rehabilitation problematischer Konsument_innen, bessere und transparentere Informationen über die mit den erhältlichen Drogen verbundenen Risiken und schließlich Konzentration des Kampfes gegen das organisierte Verbrechen auf gravierende Verbrechen wie (sexuelle) Zwangsarbeit, Waffenschmuggel, Handel mit Organen etc.



Mittelfristig könnten regulierte Märkte möglicherweise auch zu einer Verringerung des problematischen Konsums als Folge transparenterer Märkte und besserer Informationen über die Risiken verschiedener Drogen beitragen.

Aufruf zum Handeln

Die hier vorgeschlagenen politischen Maßnahmen würden sowohl die Schäden für Drogenkonsument_innen und Dritte beträchtlich verringern als auch verhindern, dass Bauern und Bäuerinnen sowie Kleinfarmer_innen in Produzentenländern die größte Last einer repressiven Politik tragen müssen. Vor allem würden sie jedoch die Einkommensströme reduzieren, die vom organisierten Verbrechen und anderen illegalen Akteur_innen aus dem Drogenhandel erwirtschaftet werden, und gleichzeitig das Staatseinkommen, die freien Ressourcen und Kapazitäten für den Kampf gegen das organisierte Verbrechen sowie für die Behandlung von Drogenabhängigen erhöhen. Natürlich würden sie die illegalen Märkte nicht völlig eliminieren; wie bei Zigaretten und Alkohol würden hohe Steuern auch weiterhin einen illegalen Markt zur Folge haben. Dennoch könnten die illegalen Märkte für die gegenwärtig illegalen, auf Pflanzen basierenden Drogen beträchtlich reduziert werden, wahrscheinlich um mehr als die Hälfte ihres derzeitigen Umfangs.

In Lateinamerika hat die erforderliche Debatte bereits begonnen, indem mehrere Präsidenten zu Reformen aufgerufen haben. Jetzt ist es für die EU und Deutschland an der Zeit zu handeln und sich an dieser Debatte über neue Ansätze zu beteiligen, da die unbeabsichtigten (manchmal auch beabsichtigten) Konsequenzen des gegenwärtigen repressiven Systems den Zielen der eigenen Gesundheits-, Sicherheits-, Außen- und Entwicklungspolitik zuwiderlaufen. Die Legalisierung und Regulierung des Verkaufs und Konsums von Cannabis sowie die Entkriminalisierung des Konsums anderer Drogen wären wichtige Schritte zu einer Reform der Drogenpolitik auf der innerstaatlichen Ebene. Darüber hinaus sollten Deutschland und die EU durch ihre Außen- und Entwicklungspolitik die Produzenten- und Transitländer bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Reformen und Regulierungen unterstützen. Vieles lässt sich schon innerhalb der Grenzen der existierenden globalen Drogenreglementierung erreichen, um die gegenwärtige katastrophale Voreingenommenheit für repressive Maßnahmen zu korrigieren.

Es muss mehr getan werden, um die globale Regelung tatsächlich zu ändern, auch wenn das im Augenblick als ein kühnes Ziel erscheinen mag. Der Übergang von der gegenwärtig stark ideologischen und polarisierten Debatte zu einem stärker an Belegen orientierten und auf Tatsachen beruhenden politischen Diskurs ist entscheidend. Schließlich soll und kann die Antwort auf das Scheitern und die verheerenden Folgen des jahrzehntelangen Kampfs gegen Drogen ganz gewiss nicht lauten: »weiter wie gehabt«.



Literatur

Kommission zu Drogen und Demokratie (2009): *Drogas y democracia: hacia un cambio de paradigma* (Drogen und Demokratie: Für einen Paradigmenwechsel); verfügbar unter: www.drogasedemocracia.org.

Globale Kommission zu Drogen und Demokratie: Berichte von 2011 and 2012; verfügbar unter: <http://www.globalcommissionondrugs.org/>.

United Nations Office on Drugs and Crime: *Weltdrogenbericht 2012*; verfügbar unter: <http://www.unodc.org/unodc/en/data-and-analysis/WDR-2012.html>.

United Nations Office on Drugs and Crime: *Weltdrogenbericht 2011*; verfügbar unter: <http://www.unodc.org/unodc/en/data-and-analysis/WDR.html>



Über die Autoren

José Carlos Campero (Bolivien) ist Berater und Forscher im Bereich des Drogenhandels und organisierten Verbrechens in Bolivien. Er besitzt Mastergrade in Management und öffentlicher Verwaltung sowie in Ökonomie.

Eduardo Vergara (Chile) ist Gründungsdirektor von *Asuntos del Sur* und des *Observatorio Latinoamericano de Políticas de Drogas y Opinión Pública*. Er ist Politologe mit Abschlüssen der *California State University, Long Beach* und besitzt einen Master für öffentliche Angelegenheiten mit Bezug auf menschliche Sicherheit der *Sciences Po Paris*.

Ricardo Vargas Meza (Kolumbien) ist Soziologe mit einem Master in Sozialphilosophie von der staatlichen Universität Kolumbiens. Er ist Forschungsmitarbeiter am *Transnational Institute* (TNI) in Amsterdam.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dörte Wollrad, Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik

Tel.: ++49-30-269-35-7484 | Fax: ++49-30-269-35-9253
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen/Kontakt:
info-lak@fes.de

Die Vorschläge basieren auf Studien, die abrufbar sind unter:
<http://www.seguridadregional-fes.org>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Organisation, für die der Autor arbeitet.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-555-3